

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15515
Donnerstag, 07. Februar 2019

| | |
|---|---|
| FAO-Lebensmittelpreisindex im Jänner gestiegen | 1 |
| Köstinger: Österreich ist Bio-Weltmeister | 2 |
| Beispiele aus Kanada und Australien liefern Ideen für GAP-Reform | 3 |
| Titschenbacher: Übergangsregelung für Biomasseanlagen dringend erforderlich | 4 |
| Gahr: Fortbestand der Biomasseanlagen hängt jetzt von SPÖ-Bundesräten ab | 5 |
| Ökostromnovelle entlastet einkommensschwache Haushalte | 6 |
| BRD: Afrikanische Schweinepest bleibt Topthema für die Landwirtschaft | 7 |
| Berlakovich: Direktvermarktung ist wichtige Einkommensquelle für Bauern | 8 |
| Ukraine: Erneut Wechsel an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums | 9 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



FAO-Lebensmittelpreisindex im Jänner gestiegen

Erholung bei den Milchpreisen sowie festere Notierungen für Pflanzenöle und Zucker

Rom, 7. Februar 2019 (aiz.info). - Der FAO-Lebensmittelpreisindex hat sich im Jänner 2019 um knapp 3 Punkte oder 1,8% auf durchschnittlich 164,8 Punkte gegenüber Dezember 2018 erhöht, liegt aber immer noch 3,7 Punkte oder 2,2% unter dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Nach drei Monaten auf relativ stabilem Niveau war der Anstieg im Jänner in erster Linie auf eine deutliche Erholung der Milchpreise sowie auf festere Notierungen für Pflanzenöle und Zucker zurückzuführen, teilte heute die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mit. Der Lebensmittelpreisindex der FAO basiert auf monatlichen Preisänderungen eines Korbes international gehandelter Agrarrohstoffe. * * * *

Der Getreidepreisindex der FAO lag im Jänner im Durchschnitt bei 168,1 Punkten, das ist ein leichter Anstieg gegenüber Dezember sowie ein Zuwachs von fast 11,5 Punkten oder 7,3% im Vergleich zu Jänner 2018. Die FAO begründet die weitgehend stabile Preisentwicklung bei allen wichtigen Getreidearten mit einem Rückgang der globalen Produktion im Jahr 2018, einer Verknappung des Exportangebots sowie einer kräftigen weltweiten Nachfrage. Der Jänner war für die Weizen- und Maismärkte ein besonders ruhiger Monat, was zum Teil auf das Fehlen mehrerer wichtiger Berichte in den USA aufgrund des "Government Shutdown" zurückzuführen ist. Trotzdem stiegen die Getreidepreise im Monatsverlauf, wobei die Maiswerte als Reaktion auf die widrigen Witterungsbedingungen in Südamerika am stärksten zulegten.

Pflanzenöle: Zweites monatliches Plus nach langem Abwärtstrend

Nach einem lang anhaltenden Abwärtstrend markierte der FAO-Preisindex für Pflanzenöl im Jänner den zweiten Anstieg in Folge. Das Plus um 5,4 Punkte oder 4,3% auf durchschnittlich 131,2 Punkte argumentierte die FAO vor allem mit zusätzlichen Gewinnen bei den Palmölwerten aufgrund saisonaler Produktionsrückgänge in den großen Erzeugerländern sowie einer starken weltweiten Importnachfrage. Die internationalen Preise für Sojaöl stiegen ebenfalls, was die UN-Organisation weitgehend mit einer robusten Nachfrage nach Lieferungen aus Südamerika begründet.

Der FAO-Fleischpreisindex war im Jänner mit durchschnittlich 162,9 Punkten gegenüber Dezember 2018 nahezu unverändert. Für die Berechnung des Index wurden stabile Preise in den USA angenommen, da offizielle Daten aus den Vereinigten Staaten - ebenso wegen des "Government Shutdown" - fehlten. Insgesamt berichtet die FAO von unveränderten internationalen Notierungen für Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch. Die Preise für Schaffleisch sanken hingegen um gut 8,4% im Vergleich zum Vormonat, da in Ozeanien reichlich Exportware bereitsteht.

FAO-Preisindex für Molkereiprodukte zeigte deutlich nach oben

Der FAO-Preisindex für Molkereiprodukte zeigte im Jänner eine starke Erholung. Nach sieben rückläufigen Monaten ist der Index um 12,2 Punkte oder 7,2% auf durchschnittlich 182,1 Punkte gegenüber Dezember 2018 gestiegen. Während die Preise im Jänner für alle im Index berücksichtigten Milchprodukte zulegten, konnte für die Magermilchpulver-Notierungen sogar ein Plus von 16,5% im Monatsvergleich ausgemacht werden. Der starke Anstieg resultierte laut FAO aus einem begrenzten Exportangebot in Europa hinsichtlich einer starken Binnennachfrage sowie aus den Erwartungen für saisonal begrenzte Ausfuhren aus Ozeanien in den kommenden Monaten. Trotz des Preisanstiegs liegt der Index nur knapp über dem Stand des Vorjahresmonats.

Der Zuckerpreisindex der FAO lag im Jänner 2019 im Durchschnitt bei 181,9 Punkten, das ist ein Plus von 2,4 Punkten oder 1,3% gegenüber Dezember 2018. Die internationalen Zuckerpreise wurden maßgeblich von der brasilianischen Währung (Real) beeinflusst, die gegenüber dem US-Dollar an Wert zugenommen hat. Ein stärkerer Real stützt die Zuckerpreise, weil er die Versorgung des Weltmarktes mit brasilianischer Ware begrenzt, da einheimische Produzenten Zuckerrohr zu Ethanol für den lokalen Verkauf verarbeiten. Von den festeren Rohölpreisen profitieren die internationalen Preisnotierungen für Zucker weiter. (Schluss) hub

Köstinger: Österreich ist Bio-Weltmeister

Flächenanteil stieg 2018 mit 25% auf historisches Rekordniveau

Wien, 7. Februar 2019 (aiz.info). - "Der Klimawandel und globaler Preisdruck setzen unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft immer weiter unter Druck. Umso wichtiger ist es, sich breit aufzustellen. Neue innovative Produktionsmethoden - sowohl im Biolandbau als auch in der konventionellen Produktion - spielen hier eine entscheidende Rolle. Die biologische Produktion stellt für viele Betriebe in Österreich eine attraktive Alternative dar. Gerade für kleine Familienbetriebe und Direktvermarkter ist das eine gute Chance", so Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** zu den neu veröffentlichten Zahlen zur biologischen Landwirtschaft. * * * *

Ackerbauregionen setzen verstärkt auf Bio

Im Jahr 2018 gab es in Österreich 23.477 Biobetriebe, die zusammen 637.805 ha bewirtschafteten - rund ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Bundesgebiets. Im Vergleich zum Jahr davor erhöhte sich die Biofläche um rund 17.000 ha, davon rund 13.000 ha Ackerland. Insbesondere in den nordöstlichen Ackerbauregionen waren und sind starke Zuwächse der biologischen Produktion zu verzeichnen. Zwei Drittel der Eiweißpflanzen, die hierzulande hergestellt werden (im wesentlichen Pferdebohnen und Erbsen), werden biologisch erzeugt. Bei Soja sind fast 30% der Fläche und bei Feldgemüse bereits mehr als 25% biologisch. Über 80% der Biobetriebe halten Vieh - 22% der österreichischen Rinder stehen auf Biobetrieben, bei Schafen sind es 33% und mehr als die Hälfte aller Ziegen.

Auch heuer wird eine Steigerung der biologischen Produktion erwartet

Mit dem Herbstantrag 2018 haben sich weitere 895 Betriebe für einen Umstieg in die biologische Produktion entschieden. Gemäß ersten Schätzungen wird daher die Biofläche um weitere rund 28.000 ha steigen. Der Anteil an Bioackerfläche wird sich im Vergleich zu 2007 auf 20% verdoppeln. Seitens des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) werden umfassende Förderprogramme angeboten. "Österreich unterstützt hier schon seit vielen Jahren entsprechende Bewirtschaftungs- und Tierhaltungsmethoden, insbesondere über das Agrarumweltprogramm ÖPUL, aber auch über verschiedenste Forschungs- und Bildungsprojekte. Zukünftig gilt es, noch ein verstärktes Augenmerk auf den Ausbau und die Weiterentwicklung entsprechender Vermarktungskanäle zu setzen, um eine positive Entwicklung der Bioproduktion mit dem Bioabsatz sicherzustellen", so Köstinger.

Grabmann: Appetit auf Bio wächst

"Die positive Entwicklung im Bereich der Biolandwirtschaft ist auf den stetig wachsenden Appetit der Konsumentinnen und Konsumenten auf biologische Lebensmittel zurückzuführen. Möglich gemacht hat das Erfolgsmodell 'Bio in Österreich' aber auch vorausschauende Politik. Hier wurden in den vergangenen Jahrzehnten richtige und notwendige Rahmenbedingungen für die Entwicklung der biologischen Landwirtschaft gesetzt - etwa in Form des österreichischen Agrar-Umweltprogramms (ÖPUL) oder durch andere begleitende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Information der Konsumenten über die Biolandwirtschaft", betont Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann**. (Schluss)

Beispiele aus Kanada und Australien liefern Ideen für GAP-Reform

Verschmutzungsrechte an Landwirte versteigern - Risikoabsicherungen forcieren

Brüssel, 7. Februar 2019 (aiz.info). - Australien habe eine vorbildliche Klimapolitik. Dort würden Verschmutzungsrechte an Landwirte versteigert, was den Vorteil habe, dass mit den niedrigsten Kosten am meisten Treibhausgase eingespart werden, betonte **Simone Sterly** vom Institut für Ländliche Strukturforschung der Universität Frankfurt am Main vor dem Agrarausschuss des Europaparlaments. Die Klimamaßnahmen führten in Australien kaum zu einer Verminderung der Tierbestände. Stattdessen würden klimafreundliche Bewirtschaftungsmethoden und die Aufforstung gefördert, berichtete Sterly. * * * *

Roel Jongeneel von der niederländischen Universität Wageningen meint, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) biete zu wenig Absicherung für die Landwirte gegen Preis- und Ertragsschwankungen. Vorbildlich sei die Risikoabsicherung in Kanada, erklärte Jongeneel den Europaabgeordneten. Landwirte beteiligten sich dort mit großem Interesse an einem Risikofonds (AgrilInvest). Die Rücklagen der Landwirte würden schlank verwaltet und garantierten in Zeiten von niedrigen Preisen die Liquidität der Betriebe.

Direktzahlungen stabilisieren Einkommen

Zahlreiche Abgeordnete warnten im Ausschuss davor, dass Risikoabsicherungen Versicherungen reich machten und der Landwirt nur wenig davon habe. Die Sorgen seien berechtigt, räumte Jongeneel ein. Es ginge immer etwas für die Verwaltung der Risikoabsicherung verloren. Die Direktzahlungen der GAP will der Experte der Universität Wageningen nicht als Risikoabsicherung gelten lassen. Diese Mittel würden den Landwirten schließlich nicht gezielt bei Ausfällen gewährt. Stattdessen stabilisierten die Direktzahlungen unabhängig von Krisen die Einkommen.

In der Welt griffen Schwellenländer verstärkt zu Agrarförderungen, hier vor allem China. Die Schwellenländer neigten heute zu Preisstützungen, so wie es die EU vor ihren GAP-Reformen gemacht habe, erklärte Jongeneel. Dagegen würden die Industrieländer USA, Australien, Kanada, die Schweiz und Japan auf handelsverzerrende Förderungen verzichten und stattdessen mehr für Umweltmaßnahmen sowie Risikoabsicherungen ausgeben. (Schluss) mö

Titschenbacher: Übergangsregelung für Biomasseanlagen dringend erforderlich

Holzwerk Simmering ist wichtiger Teil der Ökoenergie-Lösung

Wien, 7. Februar 2019 (aiz.info). - Am 14. Februar wird im Bundesrat über eine Änderung des Ökostromgesetzes abgestimmt, die den Fortbestand von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die auf Basis von Biomasse arbeiten, sichern soll. Für die notwendige Zweidrittel-Mehrheit fehlt allerdings noch die Zustimmung der SPÖ, die Sorge um den Weiterbestand des Holzwerkwerkes Simmering geäußert hat. "Dieses Holzwerkwerk ist eines der modernsten und effizientesten Kraftwerke Europas und eine zentrale Säule für die nachhaltige Waldbewirtschaftung in und rund um Wien. Eine Übergangsregelung für Holzwerkwerke, bei der Simmering nicht weiterbetrieben werden kann, ist praktisch ausgeschlossen", stellt der Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes, **Franz Titschenbacher**, fest. Er appelliert an die SPÖ-Bundesräte, dieser Gesetzesänderung - auch im Interesse der Wiener und ihrer Energieversorgung - zuzustimmen. Umweltstadträtin **Ulli Sima** signalisierte heute dennoch, ihre Partei werde den Vorschlag ablehnen. * * * *

Wer Ökostrom abdreht, dreht Atomstrom auf

"150 Kilometer Luftlinie liegen zwischen dem Holzwerkwerk Simmering und dem Atomwerkwerk Mochovce, in dem in wenigen Wochen ein alter Reaktor aus den 1970er-Jahren wieder den Betrieb aufnehmen soll. Wenn Ökostromanlagen abgedreht werden und damit unsere Stromimporte steigen, verliert Österreich seine Glaubwürdigkeit im Kampf gegen die Atomkraft. In den vergangenen Tagen lag deren Anteil an den Stromimporten zum Teil bei über 20%", zeigt sich Titschenbacher besorgt. "Zwei Drittel der Anlagen, die eine Übergangslösung benötigen, stehen in SPÖ-geführten Gemeinden beziehungsweise Städten, die bei der Installation der Kraftwerke oft Vorreiter sind und hoffentlich auch bleiben wollen", gibt der Präsident zu bedenken.

Sima lehnt Übergangslösung weiter ab

Umweltstadträtin Sima erklärte heute am Rande einer Pressekonferenz, sie könne sich weiterhin keine Zustimmung zu dieser Übergangslösung vorstellen und wiederholte dabei die bekannten Standpunkte der SPÖ: Ihre Partei sei zu wenig in die Verhandlungen über die Gesetzesänderungen eingebunden worden, sagte Sima. Es seien außerdem zu wenig Details der neuen Regelung im Hinblick auf die Tarife bekannt und einen "Blankoscheck" werde man nicht unterschreiben. Man strebe weiterhin eine umfassende Lösung im Rahmen des "Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes" an. Dieses würde allerdings frühestens im Jahr 2020 in Kraft treten und käme somit für die gefährdeten Anlagen zu spät.

Holzwerkwerke haben große Bedeutung für Energieversorgung

Bioenergie ist in Österreich die mit Abstand bedeutendste erneuerbare Energieform und belegt hinter Öl und Erdgas den dritten Platz im Energieaufkommen. "Bioenergie hat das Potenzial, bereits mittelfristig Öl als führenden Energieträger abzulösen. Biomasse wird bereits in allen Sektoren der Energiebereitstellung im Raumwärme-, Treibstoff-, Strom- und industriellen Bereich eingesetzt. Ein zentraler Baustein der Bioenergie sind Holzwerkwerke, die durch die Produktion von Strom und Wärme und ihre meist industrienahen Standorte als Musterbeispiele der Sektorkopplung zwischen Strom und Wärme gelten", unterstreicht Titschenbacher.

Holzwerkwerke verfügten über eine Engpassleistung von rund 300 MW, die bis zum Jahr 2030 auf etwa 450 MW ausgebaut werden könnte. Die rund 130 Anlagen sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt und meist in Industriestandorte oder Fernwärmenetze eingebunden. Durch das sukzessive Auslaufen der Einspeisevergütung drohen laufend Anlagen vom Netz zu gehen. Allein 2019 würden ohne Übergangslösung im Ökostromgesetz Werke mit einer Engpassleistung von annähernd 140 MW vom Tarifende betroffen sein.

Holzwerkwerke bieten zahlreiche Vorteile und sichern 6.400 Arbeitsplätze

Holzwerkwerke sind für die Wärmewende doppelt wirksam. Sie erzeugen auch im Winter Strom, wenn Wasserkraft und Photovoltaik witterungsbedingt weniger Energie bereitstellen können. Sie verbessern damit nicht nur die Klimabilanz bei Strom, sondern indirekt auch die von strombasierten Heizsystemen. Durch die bei der Stromproduktion anfallende Wärme reduzieren Holzwerkwerke zusätzlich den noch immer dominierenden fossilen Energieeinsatz in der Fernwärme. Die bei KWK-Anlagen umgesetzte Sektorkopplung schafft viele Synergien, die sich bei Biomasse nicht nur auf den Wärme- und Stromsektor beschränken. In der Forstwirtschaft ermöglicht die Sektorkopplung die Verwertung von niederwertigen Holzsortimenten, wie sie bei Windwürfen, Käferbefall oder Waldpflegemaßnahmen verstärkt anfallen und für die es bis vor wenigen Jahren kaum Abnehmer gab. Holzwerkwerke sichern 6.400 Arbeitsplätze und produzieren 20% des heimischen Ökostroms sowie etwa 40% der erneuerbaren Fernwärme. (Schluss) kam

Gahr: Fortbestand der Biomasseanlagen hängt jetzt von SPÖ-Bundesräten ab

70 Arbeitsplätze und 3 Mio. Euro Wertschöpfung in Tirol gefährdet

Innsbruck, 7. Februar 2019 (aiz.info). - "Klimafreundlicher Ökostrom oder Atomenergie - zwischen diesen beiden Alternativen müssen am 14. Februar die SPÖ-Bundesräte entscheiden. Nach der Zweidrittel-Mehrheit im Nationalrat für die Änderung des Ökostromgesetzes braucht es jetzt die gleichen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, um den Fortbestand von 47 Biomasseanlagen in Österreich zu garantieren. Ohne Übergangslösung müssen diese mit Ende 2019 schließen. In Tirol sind konkret drei Biomasseanlagen und 70 Arbeitsplätze in Gefahr. Diese Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) beliefern 7.497 Haushalte mit umweltfreundlicher Energie und liefern den Regionen eine Wertschöpfung von 3 Mio. Euro. Das steht jetzt auf dem Spiel", warnt der Tiroler ÖVP-Abgeordnete **Hermann Gahr**. * * * *

Gahr richtet erneut einen Appell an alle SPÖ-Bundesräte und besonders an den Tiroler Vertreter Stefan Zaggl, nächste Woche für die Ökostromnovelle zu stimmen: "Hier geht es nicht um Parteiinteressen oder politische Intrigen, sondern um Arbeitsplätze und eine klimafreundliche Energiewende", warnt Gahr.

Ökostrom oder Atomstrom?

"Wenn Ende 2019 bei 47 gefährdeten Biomasseanlagen in Österreich die Lichter ausgehen, muss Strom aus dem Ausland zugekauft werden. Österreich allein kann die Mehrleistung nicht aufbringen. Es hängt jetzt wirklich von den SPÖ-Bundesräten ab, ob die Ökostromanlagen in ihren Gemeinden und Ländern weiter bestehen oder ob wir auf Atom- oder Kohleenergie aus dem Ausland zurückgreifen müssen. Es kann nicht das Ziel sein, dass wir klimafreundliche Energie und Wertschöpfung in unserem Land blockieren und damit die Atomindustrie unterstützen, nur um einer Parteilinie zu genügen", appelliert Gahr an die Verantwortung der Bundesräte.

"Zwei Drittel der betroffenen Ökostromanlagen stehen in SPÖ-geführten Gemeinden und produzieren dort drei Viertel der Ökoenergieleistungen. Die SPÖ-Funktionäre sind somit auch selbst von der Schließung der Biomasseanlagen betroffen. Sie wissen genau, was das für ihre Regionen bedeuten würde. Als Volksvertreter hat man auch eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern", betont Gahr. (Schluss)

Ökostromnovelle entlastet einkommensschwache Haushalte

Steirische VP-Bundesräte appellieren an die Vernunft der SPÖ

Graz, 7. Februar 2019 (aiz.info) - Im Nationalrat wurde Ende Jänner eine Änderung des Ökostromgesetzes beschlossen, die den Fortbestand von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die auf Basis von Biomasse arbeiten, sichern soll. Diese Übergangslösung sieht auch eine Entlastung für einkommensschwache Haushalte durch die Befreiung von der Ökostrompauschale vor. "Trotz dieser wichtigen Verbesserungen hat die SPÖ für die kommende Sitzung des Bundesrates ein Veto gegen das neue Gesetz angekündigt", kritisiert der steirische Bundesrat **Christian Buchmann**. * * * *

"Die Steiermark ist das walddreichste Bundesland Österreichs. Durch die zahlreichen Unwetter und den Borkenkäferbefall in den vergangenen Jahren sind unsere Wälder stark in Mitleidenschaft gezogen worden und es kam zu einem erhöhten Schadholzanfall", berichtet VP-Bundesrat **Bruno Aschenbrenner**. "Durch unsere Biomasseanlagen, die mit dem neuen Gesetz auch weiterhin gefördert werden, kann dieses Schadholz sinnvoll zur Energiegewinnung genutzt werden", gibt der Abgeordnete zu bedenken.

SPÖ stimmt gegen eigene Forderung

Bundesrat Buchmann weist in diesem Zusammenhang auch auf die regionale Wertschöpfung und die Sicherung von rund 6.400 Arbeitsplätzen in Österreich durch die Fortführung der Ökostromförderung hin: "Mit einem Veto gegen das Gesetz im Bundesrat würde die SPÖ den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und den Import von ausländischem Kohle- und Atomstrom in Kauf nehmen. Dafür habe ich kein Verständnis." Irritiert vom angekündigtem Veto zeigt sich auch Bundesrat **Ernest Schwindsackl**: "Die Novelle umfasst auch eine SPÖ-Forderung, nämlich die Kostenbefreiung von Ökostrombeiträgen für einkommensschwache Haushalte. Daher ist es für mich unverständlich, warum nun so massiv gegen dieses Gesetz Stimmung gemacht wird."

"Mit ihrer unerklärlichen Ablehnung gegenüber der Biomasse blockiert die SPÖ wichtige Maßnahmen gegen den Klimawandel, gefährdet Arbeitsplätze und verhindert die Unterstützung von sozial schwächeren Haushalten", mahnen die steirischen VP-Bundesräte und appellieren an die Vernunft und das Verantwortungsgefühl der SPÖ.

Malle: Bei SPÖ-Blockade drohen höhere Energiepreise für 60.000 Kärntner Haushalte

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Klagenfurt machten heute auch die Klubobmänner der Volkspartei im Parlament, **August Wöginger**, und im Kärntner Landtag, **Markus Malle**, auf die unbedingte Notwendigkeit aufmerksam, dass der Bundesrat am 14. Februar mit einer Zweidrittel-Mehrheit für die Ökostromnovelle stimmt. "Eine Blockade der SPÖ-Bundesräte gefährdet die Existenz der betroffenen Biomasseanlagen", warnte Wöginger. "Dies ist eine historische Abstimmung für oder gegen Kärntner Interessen", unterstrich Malle.

Konkret sind in Kärnten acht Biomasseanlagen in sechs Gemeinden vom Ja des Bundesrates abhängig. "800 Arbeitsplätze sind direkt und indirekt betroffen, es geht um 26 Mio. Euro Wertschöpfung im Jahr. Gerade nach einem Sturmjahr, in dem Hunderttausende Festmeter Schadholz in Kärntens Wäldern liegen, sind Biomasseanlagen ein wichtiger Abnehmer für die Forstwirte, damit man einem Befall durch Borkenkäfer entgegenwirken kann", erklärte Malle.

Ohne Übergangslösung droht Tarifierhöhung

Ebenso bedeutend sei der Beschluss des Gesetzes für 60.000 Kärntner Haushalte, die von diesen acht Anlagen mit Strom oder Wärme versorgt werden. Ihnen drohe eine massive Erhöhung der Energiepreise, wenn die Förderungen nicht mehr fließen, verdeutlichte Malle. In St. Andrä könne man die enormen Auswirkungen schon spüren, dort sei die Ökostromregelung bereits ausgelaufen. "Die Tarife für Fernwärme wurden in diesen Tagen um 40% angehoben", so der Abgeordnete. Genau das drohe auch anderen Gemeinden, vorwiegend seien es Kommunen mit SPÖ-Bürgermeistern.

Deshalb richteten Wöginger und Malle an die Kärntner SPÖ-Bundesräte Ingo Appè, Günther Novak und Gerhard Leitner den Appell, Landesinteressen vor parteipolitische Aspekte zu stellen. Landeshauptmann Peter Kaiser wurde ersucht, seinen Einfluss im Sinne Kärntens geltend zu machen. (Schluss)

BRD: Afrikanische Schweinepest bleibt Topthema für die Landwirtschaft

Experten: Abstimmung auf europäischer Ebene sehr wichtig

Berlin, 7. Februar 2019 (aiz.info). - Die Verhinderung des Übergreifens der Afrikanischen Schweinepest (ASP) auf deutsche Wild- und Hausschweinebestände sowie die Vorbereitung eines effektiven Krisenmanagements für den Ernstfall bleiben zentrale Herausforderungen für die BRD-Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Bereiche. Wirtschaft, Politik und Verwaltungen arbeiten aktuell mit Nachdruck an Präventionsmaßnahmen sowie Methoden zur Bekämpfung der Seuche, die in den Nachbarländern Polen und Belgien grassiert. Der heute im Rahmen der Agrarunternehmertage in Münster durchgeführte Workshop, den führende nationale und internationale Verbände der Wertschöpfungskette Fleisch mit Unterstützung der EU-Kommission durchgeführt haben, diente der weiteren Optimierung dieser Anstrengungen. * * * *

Johannes Röring, innerhalb des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zuständig für den Bereich der Schweinehaltung, mahnte alle Teilnehmer des Workshops zu größter Um- und Vorsicht: "Das Risiko einer Einschleppung des ASP-Virus bleibt hoch und die Konsequenzen wären verheerend - für die betroffenen Tiere ebenso wie für die über 24.000 Schweine haltenden Betriebe in Deutschland", betonte er. Die Schweinehalter seien in Sachen Biosicherheit gut aufgestellt, aber die wirtschaftlichen Konsequenzen würden bereits bei einem Ausbruch im Wildschweinebestand auftreten. "Die Eindämmung und Bekämpfung der ASP kann nur erfolgreich sein, wenn innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten der EU alle beteiligten Interessengruppen und Behörden koordiniert und zielgerichtet vorgehen", so Röring.

Der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, **Franz-Josef Holzenkamp**, betonte, wie wichtig es sei, praxistaugliche Handlungsempfehlungen für den Seuchenfall zu kennen und die eigenen Arbeitsabläufe daraufhin zu prüfen und anzupassen: "Die Fleischwirtschaft in Deutschland und der Handel auf dem EU-Binnenmarkt werden durch die Afrikanische Schweinepest bedroht. Deshalb muss sich die gesamte Wertschöpfungskette auf einen Ausbruch der Krankheit vorbereiten", so der Präsident. Der heutige Workshop habe eindringlich gezeigt, wie wichtig eine Abstimmung auf europäischer Ebene sei. Die Veranstaltung war Teil einer Reihe von Workshops in mehreren EU-Mitgliedstaaten, mit denen die EU-Kommission den Aufbau sowie die Optimierung nationaler und regionaler Strukturen zur Eindämmung und Bekämpfung der ASP stärken will. (Schluss)

Berlakovich: Direktvermarktung ist wichtige Einkommensquelle für Bauern

Konsum regionaltypischer, hochwertiger Lebensmittel hilft dem ländlichen Raum

Bernstein, 7. Februar 2019 (aiz.info). - "Viele bäuerliche Familienbetriebe im Burgenland haben die Direktvermarktung zu einer wichtigen Einkommensquelle ausgebaut und sichern über den Verkauf von Qualitätsprodukten ihr betriebliches Einkommen. Durch den direkten Kontakt zu den Verbrauchern - sei es auf ihrem Hof, in Bauernläden oder auf Bauernmärkten - wird ein wichtiger Beitrag zur Erweiterung des Konsumentenvertrauens in die Qualität heimischer Lebensmittel geleistet", erklärte der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Burgenland, **Nikolaus Berlakovich**, anlässlich des gestrigen Fachtages für Direktvermarkter in Bernstein. In dessen Rahmen wurde auch die 25. Vollversammlung des Landesverbandes abgehalten. * * * *

Bereits 58 "Gutes vom Bauernhof-Gütesiegelbetriebe" im Burgenland

Aktuell betreut der "Landesverband bäuerlicher Direktvermarkter Burgenland" 87 Mitgliedsbetriebe, von denen 58 als "Gutes vom Bauernhof-Gütesiegelbetriebe" zertifiziert sind. Der Betrieb Fleischacker Katherine & Bianca aus Schandorf erhielt diese Auszeichnung am Fachtag. Das Siegel garantiert den Einsatz eigener Rohstoffe, die sorgfältige Verarbeitung am Betrieb, eine erstklassige Aus- und Weiterbildung über die LK sowie eine ständige Überprüfung von Qualität und Hygiene. "Die zunehmende Professionalisierung der bäuerlichen Direktvermarktung führt auch zur vermehrten Teilnahme an Produktprämierungen auf Landes- und Bundesebene mit Siegerpreisen im obersten Bereich. Hervorzuheben sind hier unter anderem Produkte wie Edelbrände, Liköre, Säfte, Marmeladen, Bauernbrot, Oster- und Fruchtbrot, Striezel, Faschingskrapfen, Selchfleisch, Rohschinken, Fisch, Kürbiskernöl und natürlich unsere Weine", so Berlakovich.

Broschüre "Regionale Vielfalt mit Genuss"

Im Burgenland gibt es 20 Bauernläden, zwölf Bauernmärkte, vier Bauernkastl sowie einen Cateringbetrieb. Diese und alle Mitgliedsbetriebe des Landesverbandes sind in der Broschüre "Regionale Vielfalt mit Genuss" angeführt, die beim Landesverband unter der Tel.-Nr. 03352/32308-17 angefordert werden kann.

"Die größten Chancen der burgenländischen Landwirtschaft bestehen nicht in der Erzeugung von Massengütern, sondern in der Qualitätsproduktion. Die Erzeugung sowie der Konsum regionaltypischer und hochwertiger Lebensmittel helfen den bäuerlichen Betrieben - es werden Arbeitsplätze gesichert und das Geld bleibt in der Region. Unser Ziel muss sein, die hohe Qualität sowie Sicherheit heimischer Lebensmittel bei den Menschen hervorzuheben und das Burgenland mit seinen unterschiedlichen Regionen und Produkten am Markt gut sichtbar zu positionieren. Der Landesverband sowie die LK werden auch in den kommenden Jahren die Direktvermarkter gut beraten und betreuen, damit diese landwirtschaftliche Sparte weiterhin erfolgreich ist und den Menschen auf dem Land als sicherer Lebensmittelnahversorger zur Verfügung steht", sagte Berlakovich abschließend. (Schluss)

Ukraine: Erneut Wechsel an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums

Olga Trofimzewa löst Maxim Martynjuk ab

Kiew, 7. Februar 2019 (aiz.info). - In der Ukraine ist Olga Trofimzewa mit der Leitung des Landwirtschaftsministeriums beauftragt worden, allerdings - wie auch ihr Vorgänger Maxim Martynjuk - nur interimistisch. Dabei wurde Martynjuk, der erst im Dezember 2018 zum Interimsminister berufen worden war, vom Kabinett "auf seinen Antrag" entlassen, teilte der Ressortpressedienst am Mittwoch mit. Trofimzewa war seit 2016 als stellvertretende Leiterin im Landwirtschaftsministerium tätig und für Fragen der europäischen Integration zuständig. Die Absolventin einer ukrainischen Agrarhochschule hat an der Humboldt-Universität in Berlin den Doktorgrad erworben und arbeitete dann bei deutschen Unternehmen und Fachverbänden. Vor dem Wechsel ins Kiewer Ministerium war Trofimzewa im Hilfsprojekt des deutschen Landwirtschaftsressorts zur Beratung der Ukraine in Fragen des Agrarhandels eingesetzt. (Schluss) pom